

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 1-3 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 33. Für unzerlegt eingefandene Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Abbestellung: Die Abbestellung des Anzeigers erfolgt durch den Abonnenten bei der Redaktion oder durch den Postboten. Die Abbestellung muss spätestens zwei Wochen vor Ablauf der Abbestellungsperiode bei der Redaktion einlangen. Die Abbestellung des Anzeigers erfolgt durch den Abonnenten bei der Redaktion oder durch den Postboten. Die Abbestellung muss spätestens zwei Wochen vor Ablauf der Abbestellungsperiode bei der Redaktion einlangen.

Nr. 2

Freitag, den 3. Januar 1919

14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brockdorf, erklärte, daß Deutschland nur einen Frieden des Rechts, nicht aber einen der Gewalt und Vernichtung annehmen werde.

Die Friedenskonferenzen sollen nach Mitte März nach Paris Mitte Januar beginnen.

Auf den überschüssigen und rheinischen Grubenwerken wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der östliche Teil der Provinz Posen ist in den Händen der Polen.

Konstantinopel ist von englisch-französisch-italienischen Truppen besetzt worden.

Am 10. Januar findet eine Konferenz der deutschen Finanzminister in Berlin statt.

Unsere Feinde wollen die ihnen von uns ausgehollten 11-Boote unter sich verteilen.

Was deutsch ist, soll deutsch bleiben...

a. Das für Deutschland so überaus schicksalsschwere Jahr 1918 ist zu Grabe getragen. Als wenig begehrenswertes Erbe hat es uns ein wildes Chaos hinterlassen. Der Weltkrieg ist vorüber, das Vordringen der wirtschaftlicher Blüte prangende deutsche Reich ist ein verarmtes Land geworden, dem, wenn nicht ein Wunder eintritt, bald das letzte Mark aus den Taschen geflohen sein wird. Die durch vier lange, schwere Jahre hindurch streikenden deutschen Heere sind in alle Winde zerstreut, aufgelöst, sie sind gewesen. Ein kleiner Rest, der sich noch erhalten hat, ist in seinem inneren Aufbau zu schwach, um an seiner ruhmvollen Vergangenheit sich wieder aufrichten zu können. Von der einstigen ebenbürtigen gepriesenen wie zum guten Teile auch mit Recht verklärten deutschen Ordnung ist nicht zu viel mehr zu hören; was bis vor kurzem in Gemeinschaft mit bündnisfähigen Partnern Deutscher der Welt die Geißel einer unumschränkten Gewalt vollziehender Willkür jede feierliche Bewegung unterdrückte, da nicht heute der Welt das Bewusstsein in seinen verschiedenen Abarten milde Organe, da tritt man heute Befehl und Recht eines freien Volkstaates mit Prühen. Deutsche erheben die Hand gegen Deutsche und besetzen die in heißen, eigentümlichen Kämpfen mit den Feinden gemeinten Waffen mit Bruderblut. Als ob das feindliche Ziel, Sünden und die furchtbare Geißel des Hungers die Reichen des deutschen Volkes nicht reichlich genug gelichtet hätten!

Aber weiter geht der todeswäre Wirtswort in deutschen Ländern. In den Kolonialgebieten herrschen offene Gewalt und Anarchie; die triumphierte brutalste Macht der zum Schläge erhobenen Faust. Von den Grubenrevieren gleicht das drohende Gespenst durch's Land, das uns das Ende jeglichen wirtschaftlichen Lebens kündigt, wie wir es bereits in vielen Teilen Russlands der Sowjets sehen. „Auf Vernichtung hinaus!“ — auf Vernichtung des deutschen Reiches! Was unsere Feinde schon ein Jahrzehnt vor dem Kriege anstrebten, was sie dem Weg, den schändlichen Plan unserer Untervassalung und Auszehrung ins Werk zu setzen, was ihnen aber nicht gelang, wodurch sie drei Fünftel aller Völker der Erde im Messengange gegen uns aufboten — das, scheint's, soll jetzt durch Deutschland selbst mit vollzogen werden, wenn nicht schleunigst ein gründlicher Wandel der letzten Verhältnisse herbeigeführt wird. Schon sieht man ja so aus, als ob einzelne Landestteile die Einheit des deutschen Reiches zerstückeln wollten, wer trägt heute noch für die weitere Zugehörigkeit Bayerns und anderer süddeutscher Gebiete, des Rheinlandes, Westfalens, Westpreussens, Schlesiens, Posens zum Reich?

Schlesien und Posen: Diese beiden Worte bringen uns die weitere Gefahr in Erinnerung, wie sind gegengewärtig von Gefahren umgeben, wie noch nie ein Volk es war. Polen und Tschecho-Slowaken haben weite Gebiete dieser beiden Provinzen besetzt, sind bereit in deutsches Gebiet eingebringen, weil ihnen kein Herz mehr ist. Im Osten Deutschlands haben sich also die Stämme festgesetzt, im Westen Franzosen, Engländer, Belgier, Amerikaner. Das Gift und Dörrer in der Verfolgerigen Form als Reichsländer müssen wir nach der festigen Lage der Dinge als ungewisshaft vor ihnen bewachen — soll dem

linken Rheinufer dasselbe Schicksal beschieden sein? Und sollen die vom Feinde, noch bevor der Friedenskonferenz gesprochen hat, im Osten widerrechtlich, in ihrer jedem Völkerechtigen Sohn sprechenden Weise besetzten deutschen Landestteile uns für die Dauer verloren sein?

Der deutsche Wügel ist wieder einmal nicht ganz auf dem Posten! In den ersten Tagen der Revolution war er allerdings gründlich aufgerichtet worden, seitdem aber das rote Banner über der sozialistischen Republik weht, meint er, seiner Pflicht als Staatsbürger vorläufig vollzogen zu sein, wenn er seine ganze Aufmerksamkeit und politische Tätigkeit den bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung widmet. Damit allein ist es aber nicht getan. Denn daß die rein inneren Verhältnisse in den zurückliegenden Wochen noch keine Besserung erfahren haben, ist zwar nur auf eine menschlich verständliche, vom nationalen Standpunkte aus aber unerwünschte Schwäche der Regierung zurück zu führen. Sie hat die Macht, in der sie von den Demokraten wie von den Mehrheitssozialisten in jeder Weise gestützt wird. Also hätte sie von dieser Macht auch Gebrauch machen sollen, um jeden Widerstand zu brechen, der ihr entgegensteht. Das neue Jahr wird hierin hoffentlich schleunigste Nachholung des im alten Jahre Versäumten bringen. Anders aber verhält es sich mit den vielfachen Verufen unserer Feinde, und in der Zeit wüthenden Waffenstillstand und Friedensschluß Gebietsteile durch gewaltsame Beilegung vorläufig zu entnehmen, damit die Friedenskonferenz vor eine fait accompli gestellt werde. In dieser Frage hat nicht nur die Regierung, sondern das gesamte deutsche Volk mitzuwirken, und jeder einzelne Volksgewisse ist dazu berufen.

Es mußt etwas seltsam an, daß das deutsche Volk, das vor allem auch die deutsche Weisse sich nicht in Protesten auf Protesten erhebt, wenn man Rest, wie entgegen den Wilson'schen Grundsätzen die Feinde Deutschland permissiv wollen. Müdig, fast apathisch, nimmt man davon Notiz und geht darüber gewissmaßen zur Tagesordnung über. Ja, steht man denn die Folge einer solchen Teilnahmefähigkeit nicht ab, erwägt man denn gar nicht, wie diese beinahe fatalistische Gleichgültigkeit auf unsere Feinde einwirken mag? Mühen sie da nicht zu dem irrigen Glauben kommen, daß es uns Deutschen mehr oder minder gleich ist, ob das linke Rheinufer, Westpreußen, Schlesien, Polen deutsch bleibt?

Auch in dieser Beziehung also muß im neuen Jahre nachgeholt werden, was im alten verkannt worden ist. Aus jedem deutschen Zeitungsblatte, das unseren Feinden zu Gesicht kommt, muß ihnen ein klammernder Protest entgegen lauten, gegen die Vergeßlichkeit deutschen Gebietes, keine deutsche Versammlung sollte künftig zu Ende gehen, ohne daß in ihr der gleich gewaltsame Protest erhoben worden ist und die Regierung sollte nicht allein bei unseren Feinden, sondern auch bei den Regierungen der neutralen Staaten wegen dieser gräßlichen Völkerverletzungen energisch vorstellig werden. Diese Gewalttätigkeiten der Feinde müssen also ebenso übermunden werden wie der Bolschewismus, dann erst wird das Volk der jungen Republik Deutschland erwidern haben, um es bestehen zu können, was es von seinen Vätern ererbte!

Was soll werden?

Düstere Betrachtungen.

Der Unterstaatssekretär Dr. v. Gerlach schreibt in seiner „Welt am Montag“:

„Die Arbeitslosigkeit wächst unheimlich, die Kriegsindustrie ist mit ihrer Arbeit zu Ende und die Friedensindustrie kann zum größten Teil noch nicht arbeiten. Jeder Tag der Demobilisierung vergrößert das Heer der Arbeitslosen. Viele Fabriken müßten arbeiten — sie haben keine Kohlen. Andere Fabriken müßten arbeiten — sie finden keine Arbeiter oder doch nicht genug. Keine Arbeiter? Trotz der wachsenden Arbeitslosigkeit? Inwiefern, es ist so. Die Große Berliner Straßenbahn sucht 1000 Arbeiter, und trotz der Hunderttausende von Arbeitslosen müßten sich nur 350. In der Welt müssen die Industriefabriken Rehm und Rauhen den Betrieb einstellen, weil sie keine Arbeiter haben. In Danzig wurde mir berichtet, daß in einem großen Industriefabrik in der Nähe die Rüben verkauft wegen Arbeitsmangels. Ich weiß wohl, was viele Arbeiter abhält, sich für bestimmten Betriebe zu melden: Unterernährung, ungenügende Bekleidung, ungenügendes Schuhwerk, geringere Entlohnung als anderwärts. Wer es darf auch nicht verschlagen werden, daß die vier Jahre Krieg auf die Arbeitslosigkeit jetzt ungünstig eingewirkt haben. Wenn man sich wagt zu den Drogen, nach zu den Dörfern des kriegsbedingten

Manung gehört, darf man das ruhig aussprechen. Und man muß es sogar aussprechen, wenn man sich die furchtbaren Gefahren klarmacht, die unser Wirtschaftsleben und damit die Arbeiter selbst bedrohen. Subjektiv kann man selbst sehr hohe Anforderungen verstehen. Objektiv sind sie das größte wirtschaftliche Unheil, das uns bezeugen kann. . . . Das Budget des preussischen Staatshaushalts waren die Eisenbahnen. Sie erbrachten 1913 einen Uberschuß von 325 Millionen. Dieser Uberschuß ging durch den Krieg auf 18 Millionen in 1917 zurück. Für 1918 ist bereits ein Zuschuß von 125 Millionen erforderlich, und für 1919 wird das Defizit fast 8 Milliarden betragen. Der Durchschnittsalohn ist von 1200 Mark in 1913 auf 4200 Mark gestiegen. Der Lohn ist um den Betrag der Eisenbahn jährlich 100 Millionen. Was für die Eisenbahnen gilt, gilt für alle anderen Staatsbetriebe. Wachsen die Personalausgaben in derselben Weise weiter, so sind sie samt und sonders konterott. Zu der samstags schon so riesigen Staatslast tritt hinzu die Bedienung aller dieser Defizite. Die Steuerlast steigt ins Unvorstellbare. Von den Privatbetrieben gilt daselbe. Hat jeder einzelne Kategorie gönnt der sozial empfindende Mensch eine Besserung ihrer Lage. Und doch bedeutet der ganze Komplex dieser Maßnahmen einseitig den Ruin unseres Wirtschaftslebens. Ein deutscher Fabrikant bekam in diesen Tagen einen großen Auftrag auf Kleinreiswaren aus Norwegen. Er schickte seine Preisforderung ein, berechnete mit knapstem Gewinn. Worauf ihm der norwegische Geschäftsfreund mittelste, Amerika habe ihm dieselbe Ware zum halben Preise in Rechnung gestellt.

Gerlach schließt: „Es gibt keine Rettung mehr“, erklärte mir einer unserer bekanntesten Arbeiterführer. Wirklich nicht? So verzweifelt es im Augenblick aussieht, ich hoffe noch immer, daß der realpolitische Sinn der Arbeiter die Oberhand gewinnen wird über die Revolutionaromanik, ehe es zu spät ist.“

Die Polengefahr.

Von Regierungsverweigerer über die Lage in Posen.

Der noch Posen entsandte Regierungsvertreter Eugen Ernst äußerte sich dahin, daß man sich in Deutschland unbedingt klar sein müsse, daß sich die Machtverhältnisse in der Provinz Posen in den letzten Tagen zugunsten der Polen von Grund aus verschoben hätten. Vor vierzehn Tagen, vielleicht, so erklärte er, wäre es unter Umständen noch möglich gewesen, mit gewaltsamer Gewalt die Situation für die Berliner Regierung zu retten und ihre Kooperationsfähigkeit in Posen aufrechtzuerhalten. Heute sei es zu spät. Selbst wenn eine ganze Division Truppen nach Posen geschickt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich sei, würde sich die Lage nicht mehr ändern lassen. Bei dem Januarsausbruch der Polen würde dadurch lediglich ein Bürgerkrieg entzündet werden, dessen furchtbare Auswirkungen gar nicht abzusehen sind. Die Bergendungen mit den Polen seien in der Hauptsache deshalb so unendlich erschwert, weil das Nichtwollen zwischen Deutschen und Polen jedes Maß übersteige. Jedenfalls könne heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Polen und der östliche Teil der Provinz Posen sich völlig in den Händen der Polen befinden. In der Stadt Posen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht uneingeschränkt in der Hand.

Polnische Truppenansammlungen an der preussischen Grenze.

Aus Thorn wird gemeldet: Die Grenzübergänge zwischen der Provinz Westpreußen und Polen sind von der polnischen Regierung gesperrt. Nachrichten aus Polen berichten von zunehmenden Truppenansammlungen an der preussischen Grenze.

Wie verlautet, werden mehrere Armeekorps in der Provinz Posen zusammengezogen. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, die Rechte Deutschlands an die Provinz Posen nicht aufzugeben.

Die polnische Gefahr für Oberschlesien.

Nach Meldungen aus dem ober-schlesischen Industriegebiet bereiten die Polen auch für Oberschlesien Lederraufschungen vor. In Beuthen fand eine Konferenz von Polensführern aus Preußen, Galizien und Polen statt. Die allgemeine Bewaffnung der Polen ist an allen Stellen durchgeführt. Die von Polen stark durchgesetzten Arbeiter- und Soldatenräte halten sich der drohenden Gefahr gegenüber passiv.

Die Entente gegen die Polen.

Vertretende von denen Wälfen wenden sich dagegen, daß die Polen schon jetzt, vor der Friedenskonferenz, preussische Gebietsteile annektieren und fordern ein Eingreifen der Alliierten zur Wiederherstellung des bisherigen Zustandes.

Vom Friedenskongress.

Deutschlands Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, nehmen die von der Reichsregierung angeordneten Vorarbeiten für die Friedenskonferenz einen guten Fortgang und dürften demnächst zum Abschluß gelangen. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt naturgemäß beim Auswärtigen Amt, wo das außerordentlich umfangreiche Material von der politischen, handelspolitischen und der Rechtsabteilung bearbeitet wird. Außerdem nehmen aber auch zahlreiche andere Reichsämter und sonstige Behörden an diesen Arbeiten teil. Insbesondere Fragen technischer Natur sind sehr zahlreiche namhafte Sachverständige zur Mitarbeit herangezogen worden.

Die deutsche Friedensdelegation.

Wie verlautet, wird die deutsche Friedensdelegation von einem Diplomaten, der genauer Kenner der Westmächte ist (Lichnowski?), geführt werden. Auch Staatssekretär Erzberger wird ebenso wie die Gesandten v. Hanckel und Rosen der Delegation angehören. Der frühere Staatssekretär v. Rühlmann, der ebenfalls genannt worden ist, kommt als Unterhändler nicht in Betracht.

Der Ort der Nationalversammlung.

Ueber den Ort, an dem die Nationalversammlung stattfinden soll, kann vorläufig nur soviel gesagt werden, daß besonders jetzt, nach dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung, die Reichsleitung alles daransetzen wird, die Nationalversammlung nach Berlin einzuberufen. Nur im äußersten Notfall wird man auf Frankfurt oder Weimar als Versammlungsort zurückgreifen. Es besteht die Meinung, daß ein geeigneter Geschäftsbetrieb und parlamentarisch-politische Arbeit die Nationalversammlung leisten müßte, seitens der Frage kommenden Behörden, der Reichsleitung, der Bundesräte und des Bundesrats nur gewährleistet werden kann, wenn der Versammlung der dazu umfangreiche Apparat an Mitarbeitern und geschultem Personal vollständig zur Verfügung steht.

Der Beginn der Friedenskonferenz.

In Londoner politischen Kreisen nimmt man an, daß die Konferenz am 13. Januar beginnt. Wie „Evening News“ melden, wird ein großer Teil der britischen Delegation zur Friedenskonferenz am nächsten Sonnabend nach Paris abreisen. Der Delegation werden außer Lord George, Balfour, Bonar Law, Lord Curzon noch angehören vom Auswärtigen Amt Sir William Tyrer, Sir E. Grey, Sir E. Balfour, Sir George Buchanan für Angelegenheiten Nordamerikas, Ralph Bagot für Balkan-Angelegenheiten und Sir Eyre Crowe für westeuropäische Angelegenheiten.

Wilson's Rückversicherungsplan.

Die „Londoner Times“ meldet: Wilson sprach in London zu Vertretern des englischen Handels im Beisein des Premierministers. Der Herrschende dürfte nicht in seinen Lebensbedingungen vernichtet werden, wenn die Alliierten den Zustand der Sicherheit nicht durch neue Kriege erhalten wollten. Der Rückversicherungsplan bietet Raum für Freund und Feind, und nur dafür habe Amerika Gut und Leben seiner Bürger geopfert. Er strebe sich, feststellen zu können, daß die führenden Männer Englands mit seinen Ansichten übereinstimmen. (Wohler haben die englischen Führer nichts davon verlauten lassen, daß auch sie der Ansicht sind, Deutschland dürfe nicht in seinen Lebensbedingungen vernichtet werden. Lord George hat vielmehr ein maßvolles Entschuldigungsprogramm aufgestellt und damit einen noch nie dagewesenen Wahlsieg errufen.)

Die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte.

Beschleunigte Getreidelieferungen für Deutschland.

Nach in Amsterdam eingetroffenen Konsulatsberichten aus Neupost wird in den maßgebenden Kreisen der Vereinigten Staaten ernsthaft mit einer beschleunigten Aufnahme der Getreidelieferungen für Deutschland und das Gebiet der früheren Donaumonarchie geredet. Für die Ausfuhr nach Deutschland wird aber trotz der enormen Vorräte an Weizen in erster Linie Roggen bereitgestellt, da in den letzten Jahren in Amerika viel mehr Roggen angebaut worden ist, als in früherer Zeit. Da außerdem diese Getreideart in den Vereinigten Staaten nur wenig verbraucht wird, macht sich unter den Getreidehändlern eine starke Stimmung geltend, den Ueberfluß an Weizen in Europa abzugeben, um für ihre Erzeugnisse einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Von Seiten des amerikanischen Getreidehandels sind schon seit Anfang Dezember alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland im Gange. Das einzig wirkliche Hindernis für eine ausgiebige Belieferung des deutschen Volkes mit Brotgetreide bildet der Mangel an Schiffsraum. Auch von den Weizenanbauern Amerikas kommen für Lieferungen im Frühjahr größere Vorräte in Betracht, als ursprünglich angenommen wurde. Selbst nach der Versorgung der alliierten Länder bleibt ein erheblicher Ueberfluß an Weizen vorhanden; denn England und Frankreich decken wieder einen Teil ihres Bedarfs aus der argentinischen Getreideernte. Für diese sind die Aussichten die denkbar günstigsten. Ein vollständiger Abtransport ist jedoch nur bei Bereitstellung des fehlenden Schiffsraumes möglich, denn von der vorigen Weizenernte lagern noch in argentinischen Speichern 1 1/2 Millionen Tonnen Weizen.

Der „Londoner Daily Express“ erklärt: Das Kriegsministerium ernannte Lord Reading zum Oberkommissar, um die Maßnahmen der Alliierten zur Nahrungsvorsorgung Europas mit Lebensmitteln zu leiten.

Vorläufig stehen freilich der Verwirklichung der amerikanischen Getreidelieferungspläne noch politische Hindernisse im Wege, wie sich aus nachstehenden Meldungen ergibt:

Der Verband und der Bolschewismus in Deutschland.

„Echo de Paris“ meldet: Die Alliierten sind angefaßt über die Fortdauer der Unruhen und des Bolschewismus in Deutschland und den Nachbarstaaten eingeschlossen, die Frage der tatkräftigen Neugegestaltung Mitteleuropas selbständig auf der Friedenskonferenz zu entscheiden.

Eine deutsche Abgabe an die russischen Bolschewisten.

Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Kabele und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Punktspruch nach Moskau gerichtet: Vor einigen Tagen ist Karl Kabele, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Kabele und seine Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklich Einspruch zu erheben. Das Verhalten Kabeles wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auf fernem Widerstand zu leisten. Ferner hat die deutsche Regierung Ober-Ost und dem Zentralrat der Ostfront, sowie sämtlichen Soldatenräten im Osten folgendes Telegramm zugehen lassen: Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Kabele ist vor einigen Tagen nebst einigen anderen bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakuspartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente gemeinsam mit den Bolschewisten gesprochen. Die russischen Vertreter haben es augenscheinlich verstanden, sich der Grenzkontrolle in unbefugter Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie dies möglich gewesen ist und erlauben, mit allen Kräften darauf Bedacht zu legen, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt und daß alles dazu getan wird, um das Eindringen der Anarchie nach Deutschland zu verhindern.

Deutsch-Oesterreichs Anschluss an Deutschland.

Eine amtliche Wiener Erklärung.

Eine amtliche Wiener Mitteilung besagt u. a.: Die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich und der Positionen mit den neuen Nationalstaaten ist Gegenstand lebhaften Erörterungen in der Presse gewesen. Es besteht in dem deutsch-österreichischen Volk Uebereinstimmung darüber, daß es im Interesse unserer Volkswirtschaft ist, die Gemeinschaft des Wirtschaftsbereiches mit den anderen auf dem Boden Oesterreich-Ungarns existierenden Nationalstaaten zu erhalten. Die dauerhafte Erhaltung eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsbereiches steht jedoch voraus, daß die Deutschen in den Substanzen nicht bei ihrer Wirtschaftlichkeit unterworfen werden und daß die neuen Nationalstaaten ihre wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit und Verwaltung einheitlich gestalten. Es soll sich nach Erörterungen in der Presse unserer Nachbarstaaten zunächst der jugoslawische Nationalstaat zu einer Abberation zusammenschließen, deren Stille gegen Deutsch-Oesterreich gerichtet wäre, und es soll dann Deutsch-Oesterreich gezwungen werden, dieser Abberation beizutreten, ohne daß ihm ein Einfluß auf den Inhalt des Bundesvertrages zugestanden würde. Selbstverständlich könnte auf solche Weise eine dem Interesse Deutsch-Oesterreichs entsprechende Abberation nicht begründet werden. Bei dieser Sachlage ist die Pflicht der deutsch-österreichischen Regierung, sowohl unsere Nachbarstaaten als auch die anderen Mächte nicht im Unklaren darüber zu lassen, daß unter diesen Umständen Deutsch-Oesterreich nur in einem Anschluß an das Deutsche Reich eine Sicherung seiner wirtschaftlichen und nationalen Zukunft suchen und finden kann.

Majaryk über die Grenzen des Tschechoslowakischen.

Bei dem Neujahrsempfang der tschechoslowakischen Nationalversammlung in Prag sagte Präsident Majaryk u. a.: Ueber die Grenzen der tschechoslowakischen Länder kann kein Streit (1) entstehen, da diese Länder eine historische Individualität (1) immer bilden und bilden. Ein Streit könnte nur über die südlichen Grenzen der Slowakei entstehen. Dabei haben die Verbündeten diese Grenzen festgelegt. Was die schließliche Frage anbelangt so wünsche ich Verhandlungen über die Regelung der ethnographischen Grenzen von Staat zu Staat zu führen, und bin dessen sicher, daß wir uns einigen werden. Der Streit ist dem Umfang nach geringfügig. Ich selbst habe schon mit verantwortlich Führern der Polen verhandelt, und wir haben uns in den Hauptpunkten bereits geeinigt. Nach meiner Ansicht ist es nicht richtig, daß ein Teil der Polen unsere historischen, namentlich auch von den Verbündeten anerkannten Gebiete besetzt. Es ist selbstverständlich, daß die definitive Regelung erst vom Friedenskongress zu erwarten ist. Ich erkenne das Prinzip der Nationalitäten und erkenne auch das Selbstbestimmungsrecht an. (2) Aber es sind hierbei die gegebenen Verhältnisse entsprechende Grenzen gesetzt durch die Mischung von Völkern, die eine strenge Abgrenzung ausschließen. Die Tschechen und Slowaken sind bis auf kleine Ausnahmestellen als ganzes Volk vereinigt. Unsere Deutschen sind nicht ein ganzes Volk, sondern eine Kolonisations-Avantgarde. (3) Es ist nicht unsere Schuld, daß die Deutschen ihre Eroberungskolonien nach Osten legten und zu uns in unsere Länder kamen, und daß der sprachwörtliche deutsche Drang nach Osten zum Stillstand gebracht werden muß. Das ist die Aufgabe dieses schrecklichen Krieges und die Aufgabe des Friedens. Ich will dieses Moment nicht gegenüber unseren Deutschen hervorheben, ich will nicht den Sieger spielen, ich darf jedoch den Wunsch äußern, daß die Deutschen die Gesamtsituation sachlich beurteilen und in ihrem eigenen Interesse von ihren politischen Vorurteilen von der Zeit vor dem Kriege ablassen, die die gegenwärtige Situation verursachten.

Eine politische Meldung.

Ein vertrauliches Telegramm Hindenburgs. Die Berliner „Freiheit“ veröffentlicht ein angebliches vertrauliches Telegramm Hindenburgs an das Armeekommando Ober-Ost, welches sich gegen den Beschluß des Rätekongresses wendet. Das Telegramm hat der „Freiheit“ zufolge folgenden Wortlaut: Ich erkenne die von dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gefasste Resolution betreffend Verordnung über das Heereswesen, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann. Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung Oben und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Zulage über den Bestand

des Heeres und Nichtlinden über die Bedürfnisse des Verbandsmänner des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und dadurch Offizier- und Unteroffizierkorps ermächtigt wird, weiter Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorstellig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Beschlüssen.

Verabschiedung des Admirals Scheer. Dem bisherigen Chef des Admiralstabs der Marine Admiral Scheer ist der nachgelagte Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt worden. Scheer ist bekanntlich der Sieger von Slaggetal.

Das Schicksal unserer U-Boote. Der Kol.-Ing. meldet aus dem Haag: Die Alliierten beschloßen, die 114 von Deutschland abgelieferten U-Boote unter sich zu teilen. England erhält 78, Frankreich 15, Italien 10, Japan 7, Amerika 4 Boote. Letztere sind bereits nach den Vereinigten Staaten abgegangen. — Der „Lokalanzeiger“ meldet: Mit dem 1. Januar hat die Entente, vom übrigen Deutschland wenig bemerkt, ihren zahlreichen Verträgen des Waffenstillstandsvertrages mit dem brutalsten Rechtsbruch die Krone aufgesetzt. Seit gestern hat die Entente die gesamten Rheinlande gegen Deutschland hermetisch abgeschlossen. Kein Eisenbahnzug darf in das besetzte Gebiet hinein oder heraus. Zum Teil werden die Schienenstränge zerstört. Kein Fuhrwerk darf den Rhein mehr passieren. Auch der Personenverkehr ist grundsätzlich verboten und beschränkt sich auf ganz wenige, mit besonderen Ausweisen versehene Personen.

Verhaftungen in München. Ueber neue Verhaftungen berichtet die „Münch.-Kugbl. Abendztg.“: Der gesamte Feldpostdienst des Infanterie-Regiments, ferner Oberst von Epp sowie zwei weitere Offiziere des Regiments sind am Neujahrstage auf Befehl Simons verhaftet worden. In der Neujahrnacht kam es in München in einigen Lokalen zu schweren Ausschreitungen; beim Eingreifen der Wache gab es Tote und Verwundete.

Die Kohlenkrise beilegt. Wie die „Völkische Weltanschauung“ berichtet, ist der Streit auf den obersteilischen Gruben beilegt. Die Arbeit wurde überall wieder aufgenommen, außer in der Duhens-Grube im Schwabinger und der Kropf-Grube im Kottowinger Revier. — Aus Essen a. d. R. erfährt die „Völkische Weltanschauung“: Der Bergarbeiterstreik auf den Schachtanlagen der Gutehoffnungshütte ist in der Hauptsache beendet. Die Belegschaften sämtlicher Schachtanlagen sind wieder angefahren.

Verhörung von den Tschechen befehlt. Das ungarische Kriegsministerium meldet amtlich: Die Tschechen sind gestern Abend in Pilsen eingezogen.

Das Ende des türkischen Reiches. Von zuverlässiger Seite erfährt die „Völkische Weltanschauung“: In politischen Kreisen Londoner Kreise verlautet, daß man sich unter den Alliierten auf eine Internationalisierung Konstantinopels und auf eine Kontrolle des türkischen Reiches nach dem Muster von Mexiko (1) unter englischer Führung einigen werde. In den nationalen Einrichtungen wie überhaupt in den innerpolitischen Verhältnissen soll in seiner Form gerettet werden. Dem Sultan werden keine Einkünfte unter voller Befehls seiner politischen Stellung garantiert.

Wilson in Italien. Präsident Wilson und Frau Wilson sind vorgestern nach Mailand abgereist.

Miljutow aus Paris ausgewiesen. Der „Matin“ meldet: Der frühere russische Außenminister Miljutow ist aus Paris ausgewiesen worden, angeblich, weil er im letzten Juli eine offenkundig feindselige Haltung eingenommen hat.

Von Stadt und Land.

Kue, 8. Januar.

Die Zuckerwirtschaft.

Die Mitteilungen des Reichsernährungsamtes schreiben: Von Behörden, Privaten und der Presse wird vielfach gefragt, ob der Bevölkerung nicht mehr Zucker zugeteilt werden könnte, da doch der Heeresverbrauch zurückgegangen sei. Gelegentlich wird auch das Gerücht verbreitet, die Rationierung des Zuckers werde bald ganz aufgehoben werden. Dadurch werden Hoffnungen erweckt, die sich nicht erfüllen lassen. Der Bevölkerung kann nicht so viel Zucker zugeteilt werden, wie sie wünscht. Deutschland hatte im Frieden eine starke Zuckerausfuhr, zwei Fünftel der Erzeugung an Zucker wurden ausgeführt. Seitdem ist die Anbaufläche von Zuckerrüben aber um etwa ein Drittel, die Rübenmenge um etwa die Hälfte, die Zuckererzeugung um etwa 40 Prozent zurückgegangen. Der Bedarf an Zucker ist dagegen gestiegen. Im Frieden wurde in manchen Gegenden und von einzelnen Teilen der Bevölkerung weniger Zucker verbraucht als jetzt auf den Kopf verteilt wird. Die Bekämpfung der Lebensmittelknappheit und die Knappheit an Nahrungsmitteln überhaupt hat der Bevölkerung den Wert des Zuckers ganz anders zum Bewußtsein gebracht als im Frieden. Außerdem ist ein wesentlicher Mehrverbrauch dadurch eingetreten, daß über ein Fünftel der gesamten Zuckererzeugung zur Herstellung von Brottauglichkeit verwendet werden muß. Eine gewisse Erleichterung der Zuckerwirtschaft tritt durch die Demobilisierung des Heeres ein. Der Bedarf für den unmittelbaren Verbrauch des Heeres betrug etwa ein Drittel, der Bedarf für die Herstellung von Munition etwa ein Viertel der an die übrige Bevölkerung verteilten Menge. Der letztere Bedarf fällt ganz fast, der erstere verringert sich, da die Zuckermengen, die die Kommunalverbände an die Entlassenen zu verteilen haben, kleiner sind. Es ist wegen dieser Ersparnisse die Monatsleistung der Bevölkerung um ein Geringes erhöht werden können, wenn nicht, und da liegt der Kernpunkt, gerade die Zuckerwirtschaft des Jahres 1918/19 besondere Vorkehrungen bedarf. Wir sind in das neue Wirtschaftsjahr mit einem geringen Bestande eingetreten, der kaum die Deckung der dringenden Bedürfnisse des Uebergangsjahres ermöglicht. Dazu kommt eine große Unsicherheit bezüglich der Zuckerernte des neuen Jahres. Die in diesem Jahre mit Zuckerrüben behaute Fläche ist zwar annähernd so groß wie die vorjährige Anbaufläche. Der Ertrag auf das Hektar aber wechelt, der Zuckergehalt der Rübe ist meist geringer und ihre Einerntung ist vielfach nicht möglich gewesen. Die Verarbeitung aller geernteten Rüben auf Zucker ist wegen der Verkehrslage, der Schwierigkeiten bei der Arbeiterbeschaffung, der Kohlenversorgung, der Waffenstillstandsbedingungen usw. nicht möglich. Die zur Verfügung stehende Zufuhrmenge wird sicher geringer sein als im letzten Jahre. Vielfach ist angeregt worden, die Rationierung für die Bevölkerung durch die Einstellung der Zuckerrückhaltung zurückzuführen zu lassen. Die so erzielte Verbesserung würde sehr unbedeutend sein und im ganzen Jahr nur wenig mehr als ein Pfund Zucker

auf den Kopf der Bevölkerung ausmachen. Dagegen würden bei Einstellung dieser Fabrikation über 1400 Betriebe, darunter reichlich 1200 kleinere Betriebe, zum Stillstand kommen und etwa 25 000 Arbeiter brotlos werden.

z. Zu den Stadtverordnetenlandtagswahlen. Die von uns gestern veröffentlichte Liste der bürgerlich-demokratischen Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen, ist noch in einigen Punkten zu berichtigen und zu ergänzen. So ist als 11. Kandidat nicht der Stadtkassenbeamte Paul Heibel, sondern der Steppmeister Richard Heibel aufgestellt. Ferner lautet die Liste wie folgt: 13. Metallschleifer Drechsler. 18. Baumeister Berger. 19. Fabrikbesitzer Schorler. 20. H. Obermeister Böhme. 21. Glasermeister Nitsche. 22. Malermeister Bauwahn. 23. Schuhmachermeister Herm. Heymann. 24. Schuhmachermeister Engelmann jun. 25. Ref. Müllweide. 26. Rub. Wigner. 27. Johann Gerstner. Die Herren Bell und S. Rauman sind als Ersatzleute gedacht. Herr Rauman ist Vertrauensmann, darf also nicht auf der Liste stehen.

Die Landesfeststoffe schreibt uns: Im Januar und möglicherweise auch in den folgenden Monaten erhält Sachsen für seine Bezugsgebiete verhältnismäßig große Mengen Auslandsbutter zugewiesen. Nur hierdurch ist es möglich, die Extraktion auf der bisherigen Höhe zu halten, sowie etwas mehr Butter und weniger Margarine zu verteilen, als im Dezember. Weiber ist diese Auslandsbutter um mehr als die Hälfte teurer als inländische Butter, sodas der von der Landesfeststelle berechnete Durchschnittspreis für alle jetzt in den Bezugsgebieten und sonstigen Verkaufsbereichen Sachsen zu verteilende Butter für das Pfund etwa eine Mark 50 Pf. ist, als in den letzten Monaten. Sobald keine Auslandsbutter mehr zugewiesen zu werden braucht, werden die Kleinverkaufspreise für Butter auch in den Bezugsgebieten wieder auf die bisherigen Höhe erniedrigt werden.

Lebensmittel am Sonnabend: Butter. 1. Gindereker festgenommen. In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember wurde in Anem Lagerstätten am Bahnhofs, in dem sich von Westfälischen in Schwarzeneberg Markt lagert, gewaltsam eingebrochen. Vier Säcke wurden gestohlen. Westens gelang es der Hiesigen Polizei, die Diebe zu ermitteln und festzunehmen. Es sind die Arbeiter B. D. und H. von hier, ersterer befindet sich noch beim Militär. Bei einer Hausdurchsuchung wurde noch ein Teil des Diebstahls gefunden und beschlagnahmt.

Karten und Geländebeschreibungen dürfen jetzt wieder wie im Frieden in den Handel gebracht werden.

Vom kaiserlichen Ministerium für Militärwesen ist für das Tragen der Uniform angeordnet worden: Zur Unterscheidung der noch im Heeresdienste befindlichen Personen von den bereits Entlassenen, die Uniform weitertragen, wird bestimmt, dass sämtliche aus dem Heeresdienst entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften vom Rock (Bluse) sowie vom Mantel die Schulterklappen sowie Trappen und sonstige Rangabzeichen zu entfernen haben. Dagegen haben alle im aktiven Dienst befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften auf Rock und Mantel Schulterklappen mit der Nummer usw. ihres Truppenteiles zu tragen. Bei Regimenter, die bisher Namenszug trugen, sind die Schulterklappen durch solche mit Nummer zu ersetzen. (Das Garde-Regiment trägt Schulterklappen ohne Nummer.) Etwa fehlende Schulterklappen beantragen die Truppenteile unmittelbar beim Kriegsbefehlshaber. Für umgehende Durchführung des Befehls ist Sorge zu tragen.

Wadensens Sachen nicht interniert. Nach einer beim Ministerium für Militärwesen in Dresden eingegangenen amtlichen Mitteilung sind zur Heeresgruppe Wadensens gehörende sächsische Normalen wieder in Ungarn, noch in Eisenbüchsen interniert worden. Soweit sich ermitteln ließ, sind sie bereits in Deutschland eingetroffen oder treffen in den nächsten Tagen noch ein.

Mädchen, 2. Januar. Das bei dem Gutsherrn Emil Müller beschäftigte, aus der Fürsorgeanstalt beurlaubte 16jährige Dienstmädchen Anna Döber aus Kirchberg entsandte seinem Dienstherrn einen Tausendmarkschein und kassierte einen Teil des Geldes, während es den größten Teil verbrannt haben will. Etwa 170 Mark wurden noch bei ihr gefunden. Das Mädchen wurde ans Amtsgericht Hartenstein abgeführt.

Eisenhof, 2. Januar. In den böhmischen Grenzorten Teichwitz und Sauerbach starben vor den Weihnachtsfesten aus drei Familien fünf Personen nach dem Genusse von Gebäck aus vergiftetem Mehl. Eine 65 Jahre alte Frau Kunzmann wurde unter dem Verdacht, Gift in das Mehl gemischt zu haben, verhaftet; ihre Tochter Baumgart soll mitbeteiligt gewesen sein.

Annaberg, 2. Januar. Am Montag verstarb im 64. Lebensjahre der bekannte Annaberger Industrielle Kommerzienrat Victor Schweizer. Er kam im Jahre 1870 in das Erzgebirge und machte sich hier 1881 in der Posamenten-Knopfbranche selbstständig. Der Verstorbenen hat auch eine Reihe von Ehrenämtern lange Jahre hindurch mit Erfolg bekleidet.

Chemnitz, 2. Januar. Ein Verlagsverwalter ist am Freitagabend von dem Verwaltungsverband des Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrates (Hotel Continental). Ein verheirateter Unteroffizier von hier, der das im Erzgebirge aufgestellte Maschinenregiment mit noch einem anderen Soldaten zu betören hatte, verließ dem Wachposten gegenüber

übergehend seinen Platz und unterließ sich vor der Haustür mit Pistolen. Während dieser Zeit machte sich ein Kellnerlehrling an dem Maschinenregiment zu schaffen, ohne von dem zweiten Posten daran gehindert zu werden. Ein Schuß ging los und traf den vor der Haustür stehenden Unteroffizier, der sofort tot war. Der pflichtvergessene Posten und der Kellnerlehrling wurden sofort verhaftet.

Vermischtes.

Die Erkrankung des früheren Kaisers. Die Amsterdamer Blätter melden, daß die Erkrankung des früheren deutschen Kaisers insbilde einer hartnäckigen Infuenza sehr ernst war. Da Komplikationen eintraten, wurde der Zustand so gefährlich, daß man eine Operation für notwendig hielt. Es wurde Professor Lang aus Amsterdam berufen, der seitdem dem Kaiser mehrere Besuche abstattete. Professor Lang teilte mit, daß jetzt eine merkbare Besserung eingetreten sei und daß er dem Kaiser gestatten konnte, das Bett zu verlassen. Wegen des ungünstigen Wetters muß der Kaiser aber noch immer das Zimmer hüten.

Ausfahrungen beim Berliner Kellnerstreik. Der Berliner Kellnerstreik hat sich weiter ausgedehnt, und die Ausfahrungen der Streikenden haben größeren Umfang angenommen und zur Folge gehabt, daß im Laufe des Neujahrstages auch die meisten großen Berliner Hotels und viele große Restaurants ihre Restaurantbetriebe schlossen. In zahlreichen Lokalen kam es zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen. Es streiken etwa 15 000 Kellner.

Heeresgut ist Reichsgut. Gib heraus, was nicht Dir gehört. Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

Letzte Drahtnachrichten.

Deutschland fordert einen Rechtsfrieden. Berlin, 2. Januar. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brockdorff-Ransau empfing heute nach Übernahme seines Amtes einen Mitarbeiter des W. T. W. und erklärte diesem auf seine Frage über die Möglichkeiten, welche er in der Politik zu verfolgen beabsichtige, daß es sein Bestreben sein wird, in Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volke wie dem Auslande gegenüber, den Frieden zu verhandeln und zu schließen, als einen Frieden des Rechts, dagegen einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Verflüchtigung abzulehnen. Weiter führte der Staatssekretär aus: Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Forderungen gewissenhaft erfüllt, aber nicht um die Breite eines Haars über das hinausgeht, was es als Recht anerkennt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfstoff gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundlag gelien soll, der Balkan den Balkanvölkern, so wird es auch heißen müssen: Deutschland den Deutschen.

Zu diesen Erklärungen sagt das Berliner Tageblatt, es könne sie nur als ganz vortrefflich bezeichnen. Einiges Gejammerge und haltlose Schwäche müßten die Entente zu dem Glauben verleiten, das deutsche Volk sei eine willenlose Sache geworden. Was Clemenceau und Wilson soeben in der französischen Deputiertenkammer gesagt haben, lasse erkennen, daß sie auch schon die Verträge von 1915 revidieren und das Saar- und Eifel sich aneignen und den Deutschen Oesterreichern verbieten wollen, sich mit uns zu vereinigen. Sie wollen Deutschland für unabschließbare Zeit wirtschaftlich ruinieren und in Abhängigkeit erhalten. Dies geschieht, nachdem man sich schrittweise auf die Grundzüge Wilsons geeinigt hatte. Clemenceau gibt jetzt zu, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Wilson bestehen, aber er hofft, den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu überzeugen. Es ist sehr dringlich, daß Deutschland die Welt von seinem festen Willen überzeugt, den Wilson-Frieden loyal zu verwirklichen, aber keinen anderen und besonders nicht von Frieden Clemenceaus anzunehmen. Graf Brockdorff-Ransau lehnt den Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Verflüchtigung ab, und trotz der schweren Krise, in welcher Deutschland sich heute befindet, wird das deutsche Volk hinter ihm stehen.

Bern, 2. Januar. Die Pariser Forderungen berichten, daß sofort nach der Rückkehr Wilsons aus Italien die Alliierten die Friedensgespräche besprechen werden. Diese Verhandlungen werden in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. Selbst wenn erklärt werde, daß die Alliierten völlig einig seien, kann der Frieden erst am dem Tage unterzeichnet werden, an welchem Deutschland seine innere Lage wiederhergestellt habe.

Die Friedensabgesprachen.

Paris, 2. Januar. Präsident Wilson wird am 6. oder 7. Januar hierher zurückkehren, worauf die ersten Friedensabgesprachen zwischen den Alliierten stattfinden werden. — Eine von Paris meldet aus Washington: Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wird Präsident Wilson sich am 10. Jänner nach Amerika einschiffen.

Belgische Kasse.

Brüssel, 2. Januar. (Kont.) Der Justizminister erklärte, daß alle Fremden feindlicher Herkunft, die während des Krieges mit den Deutschen in Beziehungen standen, ausgewiesen werden.

Ein sächsische Behauptung Warts.

Berlin, 2. Januar. (Amstsch.) Der frühere Volksbeauftragte Warts hat nach Zeitungsberichten in einer Verlesung gesagt, während seiner Zugehörigkeit zur Regierung habe er eine Kriegserklärung an die russische Kaiserfamilie verhandelt. Die Herr Warts zu dieser Behauptung kommt, ist völlig unerklärlich, denn eine solche Kriegserklärung ist weder in Deutschland noch in Russland bekannt geworden.

Ein neuer Kriegsgeminister.

Berlin, 2. Januar. Wie der Sozialzeiter erzählt, ist zum Nachfolger des Kriegsgeministers Schleich der würtembergische Oberst Reinhardt ernannt worden. Im Kriege war es zuletzt beim Stabe eines Armeekorpskommandos. Bei Beginn des Demobilisierung übernahm er das neue Demobilisierungsdepartement des preussischen Kriegsgeministeriums.

Konferenz der deutschen Finanzminister.

Berlin, 2. Januar. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hat die Chefs der einseitigen Finanzressorts zu einer gemeinsamen Erörterung der schwebenden Finanzfragen auf Freitag, den 10. Januar, eingeladen. In vertraulicher Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsleitung und ihre Steuerpläne, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, die Aufgaben der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Teile der zukünftigen Reichsverfassung behandelt werden.

Gewalttätigkeiten unserer Feinde im besetzten Gebiet.

Berlin, 2. Januar. Aus Köln wird gemeldet: Unzählige eines Ueberfalls auf den Bürgermeister des benachbarten Ortes Schleich sind von den britischen Besatzungsbehörden außer den Tötern die 28 Mitglieder des U.- und S.-Rates verhaftet und nach Köln abtransportiert worden. — Bei einem Streik in einem industriellen Werke in Ockerfahl bei Düsseldorf, an dem sich etwa 100 Arbeiter beteiligten, hat die belgische Besatzungsbehörde eingegriffen und den Führer, der mit der belgischen Behörde verhandeln sollte, verhaftet und nach Belgien abtransportiert.

Zum Kellnerstreik in Berlin.

Berlin, 2. Januar. Wegen der Schließung der Restaurants und Kaffees in Berlin traten die Besitzer der besaglichen Betriebe gestern zusammen. Sie kamen dahin überein, daß die Erfüllung der vom Verband der Gastwirtschaftlichen aufgestellten Forderungen den Zusammenschluß des gesamten Gewerbes und damit die dauernde Arbeitslosigkeit von mehr als 80 000 Angehörigen herbeigeführt hätte. Die Verbände der Arbeitgebergesellschaft erklärten sich bereit, mit den Arbeitnehmerverbänden zu verhandeln und sind damit einverstanden, daß das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen wird.

Lebensmittel für Wien.

Wien, 2. Januar. Heute nachmittag trafen die Mitglieder der internationalen Lebensmittelkommission hier ein. Morgen beginnen die Verhandlungen.

Die Besetzung von Konstantinopel.

London, 1. Januar. Reuter erzählt, daß ein französisches Bataillon zur Besetzung von Stambul und ein englisches zur Besetzung von Pera bestimmt wurden. Man erwartet, daß noch ein anderer Bataillon Konstantinopels durch italienische Truppen besetzt werden wird.

Wahlen.

Wien, 2. Januar. Nach einer Mitteilung der Pressenotdienst des obersten polnischen Kommandos wurde der vom Soldatenrat beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes im polnischen Polizeipräsidium, Blaufer, heute früh als eines von den von Ausschreitungen in Wien Mitwirkenden im Polizeipräsidium verhaftet. Auf dem Wege nach Post Grotmann (Schiffbau) wurde, da er trotz dreimaligen Anrufes nicht erschien, von einem der ihn eskortierenden Soldaten des Sicherheitsdienstes erschossen.

Selbstmord.

Münster, 2. Januar. In einem Unfall von Schwermut verübte hier der bekannte Flieger-Oberleutnant Ritz Selbstmord. Er war ausgezeichnet mit dem Orden Pour le Merite.

Amtliche Bekanntmachungen.

Aue. Pferdefleischverkauf.

Abschnitt F der Pferdefleischkarten Nummer 11801 — 12300 wird Sonnabend, den 4. Januar 1919 vorm. 9 bis 1/2 12-Uhr und Nr. 12301 — 13300 nachm. 2 bis 6 Uhr mit je 1/4 Pfund geliefert. Die vorstehenden Zeiten sind genau einzuhalten. Spätere Belieferung der vorstehenden Nummern und Abschnitts ist ausgeschlossen.

Aue, den 3. Januar 1918. Der Rat der Stadt.

Am 10. November 1918 wurde ein Handwagen — Tafelwagen, etwa drei Zentner Tragkraft — herrenlos auf der Hiesigen Bahnhofstraße gefunden. Bis jetzt hat sich aber der Eigentümer nicht gemeldet.

Der Eigentümer wird aufgefordert, sich baldigst im Stadthaus — Zimmer 18 — zu melden.

Aue (Erzgebirge) den 2. Januar 1919.

Der Rat der Stadt. Polizeibehörde.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Sonntag, den 8. Januar (Sonntag nach Neujahr), vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pfarrer Schmüller, Nachm. 1/2 Uhr Jugendgottesdienst des ersten Bezirks: Pfarrer Schmüller. — Montag, den 9. Januar (Erntedankfest) Kollekte für höhere Mission. Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pastor Kunde. Chorgesang: Den Gott und Schöpfer aller Ding. Motette für gem. Chor von W. Wolfum. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst der Älteren Abteilung: Pastor Kunde. Abends 6 Uhr Missionsstunde mit Bildnissen: Pfarrer Schmüller.

Friedensfeste.

Sonntag nach Neujahr, 9 Uhr: Hauptgottesdienst. 11 Uhr: Kindergottesdienst. — 8. Januar (Erntedankfest), 9 Uhr: Hauptgottesdienst, Rindersdorf. Kollekte für Soldatenmission. 5 Uhr: Christandacht: Andacht an der Krippe. Rindersdorf und Einzelgänger. Diebesgeleit 10 Uhr. Gessungbuch mitbringen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Graf Schömann. Druck und Verlag: Kurt Schömann, Postfach 100, Aue, Erzgebirge.

Bei dem Helmgange unserer teuren Entschlafenen
Frau Helene Marie Rehm

geb. Reichelt
 sind uns so viele Beweise der Liebe und Anteilnahme entgegengebracht worden, dass es uns nur auf diesem Wege möglich ist, allen in herzlicher Dankbarkeit die Hand zu drücken.
 AUE, den 3. Januar 1919.
Emil Rehm und Sohn.

Januar
 (31 Tage)
3
 Freitag.

Große Abreiß-Kalender
 für Büros
 hält noch vorrätig
 Geschäftsst. d. Auer Tageblattes

**Alte Nickelgeschirre u. Geräte,
 sowie Neusilber-Abfälle :: ::**

kaufen gegen sofortige Kasse
 Argentan- und Messingwert
Chr. G. Wellner, G. m. b. H.,
 Auerhammer bei Aue i. Erzgeb.
 Telephon Amt Aue Nr. 29.

Im festen Glauben an Ihren Erlöser, verschied heute früh 1/5 Uhr nach langem, in großer Geduld ertragenem Leiden, unsere liebe, gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter,

Frau Christlene Friederike verw. Humann
 geb. Friedrich

Im Alter von 58 Jahren.
 Jesaja 43/1. In tiefstem Weh
 die trauernden Kinder nebst Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung unserer teuren Heimgegangenen findet Sonntag mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause, Vodelstr. 14, aus statt.

Für die Beweise liebevoller Teilnahme beim Tode und Begräbnisse unseres geliebten Pflegekinde, Bruders und Neffen

Alfred Willy Voigt

sagen wir nur hierdurch unseren herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir Herrn Oberlehrer Just und seinen lieben Mitschülern für die Begleitung zur letzten Ruhestätte.
 Die tieftrauernden Geschwister und Pflegeeltern
Bäckermeister J. Neukirchner.
 AUE, den 3. Januar 1919.

Für die zu unserer silbernen Hochzeit aus der Heimat rweisenen Aufmerksamkeiten, die uns erfreuten, danken wir hierdurch allen herzlich.

Gustav Rössel und Frau,
 Berlin.

Ältestes Auer Barbier- u. Friseurgeschäft (gegr. 1879)

wieder eröffnet.
 Das bisher entgegengebrachte Vertrauen wollen Sie mir auch weiterhin bewahren. — Gleichzeitig empfehle ich mich zur Anfertigung von **Haararbeiten** in bekannt guter, fachgemäßer Ausführung. Ferner bringe ich mich geehrten Vereinen zur Ausführung von **Theaterfrisuren** in empfehl. Erinnerung. **Zähne** werden gut und sicher gezogen. **Max Wehner**, Barbier u. Friseur, Reichstr. 9.

Klavierstimmer Weiland

ist nächste Woche hier. Adressen erb. an d. Auer Tagebl.

Geld erbalt. solch. Leute (eb. Stand. od. Bürg.) v. 100 bis 9000 Mark. Adress. gest. — **Giblich, Schöneberg, Seminarstr. 32.**

Darlehen auf Möbel, Hausstand, Waren usw. schnellstens durch **Joh. Liebetrau, Wöhlich i. Erzgeb.** (Niederwöhlich), Auer Straße 9 B.

Decapierte Eisenbleche

in Dicken von 0,20 bis 0,40 Millim.

kaufen jedes Quantum (auch kleine Mengen) gegen sofortige Kasse

Argentan- und Messingwerk **Chr. G. Wellner, G. m. b. H.,** Auerhammer bei Aue i. Erzgeb. Telephon Amt Aue Nr. 29.

Welt. Staatsbeamter i. R. sucht eine saub. ehrl. Frau zur Aufwartung für die Vormittagsstunden. Angeb. unt. „A. T. 28“ an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Junger Kaufmann,

bewandert in allen Kontor-, Lager- und Versandarbeiten, Stenograph und Maschinenschreiber, sucht für sofort oder später Stellung. Gest. Angebote unter „A. T. 50“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

Süddeutsche Blech- u. Lackierwarenfabrik
 sucht einen tüchtigen

Werkmeister Lackierer

welcher mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist, sowie einen tüchtigen der im Lackieren von Haus- und Küchengeräten in Weiß- und Schwarzblech bewandert ist. — Angebote mit Gehaltsansprüchen unt. A. T. 6119 an die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes.

Gut eingerichtetes Dampfhammerwerk

das in der Lage ist, Schmiedestücke in kleinsten bis größten Ausführungen zu liefern.

sucht einen Vertreter

der im erzgebirgischen Industriegebiet gut eingeführt ist. — Gefällige Angebote unt. A. T. 87 an d. Auer Tagebl. erbeten.

Maschinenschlosser- und Eisendreher-

Lehrlinge

werden für Ostern gesucht von **Carl Hoffmann, Maschinenfabrik, Aue.**

Bessere Wohnung

in schöner, freier Lage, wie Bismarck-, Schneeburger Straße oder ähnlich, für Anfang Februar oder März zu mieten gesucht. Einfamilienhaus bevorzugt. Evtl. Kauf derselben in Aussicht genommen. Angebote unter „A. T. 42“ an d. Geschäftsst. d. Bl.

Ruh., Anderl. 3- od. 4-Zimm.-Wohnung. Bitte suchen. Angebote unter „A. T. 45“ an d. Geschäftsst. d. Bl.

15000 Mark

als 1. Hypothek für sofort zu leihen gesucht. Gest. Angebote unter „A. T. 46“ an die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes.

Naturheilverein I Aue.

Sonntag, den 5. Januar, nachm. 8 Uhr im Hotel Stadtpark

Pächter-Versammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung, Beratung über Neuordnung und Auflösung vom Naturheilverein, Wahlen zum Verwaltungsrat. Um Teilnahme aller Pächter bitten der Gartenrat

Gasthof Rühler Abend, Alveroda.

Sonntag, den 5. Januar, von nachm. 4 Uhr an

feine öffentliche Ballmusik.

Dazu ladet freundlich ein **Ernst Leichsenring.**

„Goldne Krone“, Beiersfeld.

Sonntag und Montag, den 5. und 6. Januar (Hoh-Neujahr) von nachm. 4 Uhr an

große öffentl. Ballmusik.

Es ladet ganz ergebenst ein **Oskar Walthar.**

18000 Mk.

find zu möglichem Zinsfuß auf 1. Hyp. sofort od. spät auszuleihen. Anfr. unt. A. T. 6116 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Panorama

Aue, Ernst-Papst-Str. Geöffnet: Wochentags von 4 Uhr an, Sonntag und Hohenneujahr von 2 Uhr an. Diese Woche:

Elsass-Lothringen

Strasbourg, Metz usw. Zu recht zahlreichem Besuche laden ergebenst ein **D. Ullmann und Frau.**

Gebrauchte Möbel, Wohnungs- und Geschäftseinrichtungen, Nachlässe

und **Waren aller Art** kauft zu hohen Preisen **Auer Ein- u. Verkaufsgeschäft Wettinerstraße 21.**

Zöpfe

fertigt sauber und gut von dazugegebenen Haaren unter Garantie der Gewerbetätigkeit **Stern & Gauger** Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wettinerstr. 48 am Wettinplatz. Besichtigte amtliche Haarschnittkarte für Kriegszwecke.

Wo

kann Fräul. das Weißnähen erlernen? Mögl. wo ihr Gelegenheit geboten ist, sich im Schnittwarengesch. mit zu betätigen. Ausf. Angeb. erbeten unt. A. T. 6 an die Geschäftsst. d. Bl.

Schöne Erkerwohnung,

Stube, Küche u. Kammer ab 1. 4. 19. an ruh. Leute zu verm. **Wettinerstr. 90.**

Stube, Küche und Kammer

ab 1. April zu vermieten. **Härbersstraße 3.**

Fortzugshalber ist eine Wohnung,

best. aus Stube, Küche, Schlafst. nebst Vorz., ab 1. Apr. a. von **Wörststr. 7.**

Stube, Küche, Kamm.

ab 1.4. od. früher zu mieten gesucht. Gest. Ang. m. Preis unt. A. T. 8 an d. Auer Tagbl.

Möbl. Zimmer

für 15. Jan. zu mieten gef. Off. mit Preisang. u. A. T. 58 a. d. Auer Tagbl.

Möbl. Zimm.

für einen alleinstehenden Herrn sofort gesucht. Angeb. u. „A. T. 60“ an die Geschäftsst. d. Bl.

Fräulein, Mitte 20er,

sucht d. Bekanntschaft eines Herrn später. **Heirat** zwecks Frauenleiden (Weißfluß) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau **Marie Bessel, Berlin 11** Mallesche Straße 23.

Kranken Frauen

und Mädchen teils ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Weißfluß) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau **Marie Bessel, Berlin 11** Mallesche Straße 23.